

Willy-Brandt-Platz

Informationen der SPD-Ratsfraktion Bochum im Februar 2016

Wohnungsbau: Noch kein Plan



Die Stadtbezirke erhalten zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder mehr Geld. „Das ist bei den Etatberatungen leider etwas untergegangen“, bemerkt Dr. Peter Reinirkens, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion.

Dabei seien die höheren Summen zum einen ein Erfolg für Bezirksbürgermeisterin Andrea Busche aus dem Osten und ihre Kollegen aus den anderen Stadtbezirken. Sie hatten immer wieder auf ihre Zuständigkeiten gepocht. Zum anderen schien es auch erstmals seit Jahren wieder so, dass der Etat etwas Spielraum für höhere „Überweisungen“ an die Bezirke hatte, erklärt Reinirkens. Als der 16er-Etat im Rat beschlossen

sich dabei einig: Es müssten trotz der angespannten Lage jetzt sofort mittel- bis langfristige Konzepte her, um die Menschen vernünftig zu integrieren. „Richtige Wohnungen gehören dazu“, sagt Reinirkens.

Bewegung gibt es schon. Das Land hat Ende Januar neue Förderbedingungen mit beachtlichen Tilgungsnachlässen für den sozialen Wohnungsbau in Kraft gesetzt.

„Bedarf haben aber nicht nur die Migranten, sondern auch viele Einheimische oder Studierende. Als SPD werden wir sehr genau darauf achten, dass das sozial ausbalanciert wird“, bekräftigt Peter Reinirkens.

Zwei Grad und Schluss

Der Klimaschutz soll ein Schwerpunkt der SPD-Politik in den nächsten Jahren werden. Dafür macht sich die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung Martina Schmück-Glock stark.

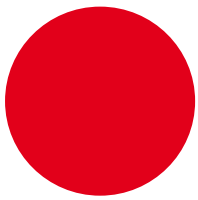
„Bochum hat beim Klimaschutz einiges vorzuweisen. Die Ziele für einen geringeren Kohlendioxid-Ausstoß hat Bochum um Jahre früher erreicht als angestrebt. Im Dezember haben wir das neue Energie- und Klimaschutzkonzept bis 2030 beschlossen. Das nimmt die Vereinbarungen von Paris bereits vorweg“, so Martina Schmück-Glock.

Das gelte vor allem für das Ziel, die Erderwärmung nicht über zwei Grad Celsius steigen zu lassen. Die im Bochumer Konzept beschriebenen Projekte dienen dazu auf lokaler Ebene.

„Manche Auswirkungen wie extremes Wetter werden sich aber schon jetzt absehbar nicht vermeiden lassen. Wir wollen deshalb in Bebauungsplänen stärker darauf achten, dass solche Ereignisse weniger Schaden anrichten“, kündigt Martina Schmück-Glock an.



Martina Schmück-Glock ist Vorsitzende des Umwelt-Ausschusses.



Haushalt 2016

E-Government: Digitale Möglichkeiten

Der Rat hat mit den Stimmen von SPD und Grünen den Etat 2016 beschlossen. Nun steht die Genehmigung durch die Bezirksregierung an. Hier sind einige Schwerpunkte aus Sicht der SPD.

Irgendwie digital, online halt, ohne dass man selbst zum Amt gehen muss: Unter dem Begriff E-Government versammeln sich viele Vorstellungen davon, wie eine Verwaltung heute mit Bürgerschaft und Unternehmen kommunizieren sollte. Die SPD-Fraktion hat deshalb angeregt, eine Umfrage zu machen. Ziel ist herauszufinden, welche Online-Dienste sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Firmen in Bochum wünschen. Die Mittel dafür stehen jetzt im Etat.

Die Stadtverwaltung soll digitaler werden. Das sieht eine Initiative der SPD-Fraktion im Rahmen der Etatberatungen 2016 vor. „Wir wollen ermitteln, was von den Bürgerinnen und Bürgern gewünscht wird, was heute technisch möglich ist und was rechtlich zulässig“, erklärt Thilo Elsner, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung. 50.000 Euro stehen dafür pro Jahr zusätzlich zur Verfügung.

An einem modernen rechtlichen Rahmen arbeitet gerade das Land NRW mit dem Entwurf eines E-Government-Gesetzes. Der Entwurf der Landesregierung liegt seit Dezember 2015 im Landtag und geht jetzt in die Beratungen.

Für Thilo Elsner (Foto re.) ist das genau der richtige Zeitpunkt, um auch die Bochumer Verwaltung stärker als bisher schon auf elektronische Verfahren auszurichten. Im Umwelt-Ausschuss hat er sich deshalb per Anfrage den Mängelmelder vorgenommen: Bürgerinnen und Bürger können sich über die Homepage der Stadt und



seit einem knappen Jahr auch über eine App für iOS und Android an die Verwaltung wenden und auf Missstände wie etwa Schlaglöcher oder wilde Müllkippen in der Landschaft aufmerksam machen.

„Mängelmelder hat Potenzial“

„Dieser Mängelmelder hat Potenzial für mehr“, ist sich Elsner sicher. Schnellere Erledigung durch komplett digitalisierte Verfahren im Hintergrund. Oder eine geobasierte Darstellung der einzelnen Mängel. „So lässt sich unter Umständen auf einen Blick erkennen, wo sich welche Mängel häufen und wo deshalb vielleicht grundsätzlicher vorgegangen werden muss“, erwartet Elsner. Häufigere Straßenreinigung oder ganz andere Prioritäten bei der Straßensanierung.

So oder so — für die Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend, dass ihre Meldungen bearbeitet werden, und dass sie davon erfahren, so Thilo Elsner.



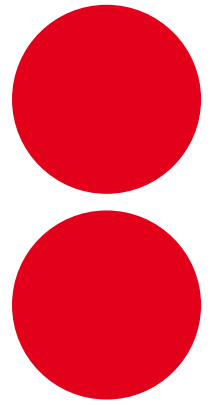
Das Straßenverkehrsamt hätte da ein paar Fragen

Ende 2015 gab es in Bochum über 217.000 gemeldete Fahrzeuge, davon waren fast 177.000 PKW und 11.000 LKW. Viele Bürgerinnen und Bürger sowie viele Unternehmen haben also zumindest hin und wieder mit dem Straßenverkehrsamt zu tun.

Wie zufrieden sie dabei sind, will die Stadt in der ersten Jahreshälfte

bei den Kundinnen und Kunden erfragen. „Dabei sollte auch eine große Rolle spielen, wie wichtig den Bürgerinnen und Bürgern dabei Online-Dienste sind, die persönliche Behördengänge vielleicht überflüssig machen könnten“, erwartet Reiner Rogall (Foto li.), Sprecher der SPD im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität.

Haushalt 2016



Die sanften Hände des Dr. Roboter

SPD-Fraktion: 2016 über Bochumer Positionen zu Industrie 4.0 reden / 20.000 Euro für ein Symposium im Etat



Auch die Kasse geht online

Das Land NRW will seine Verwaltungsverfahren in absehbarer Zeit komplett elektronisch führen. Das bedeutet auch: elektronisches Bezahlen („E-Payment“) soll möglich werden. Das soll dann mehr sein als die heute schon übliche Online-Überweisung auf ein Konto der Verwaltung. Wie das genau aussehen soll, will das Land mit Dienstleistern verhandeln.

„Die Städte sollten sich da von Anfang an beteiligen“, findet Simone Gottschlich (Foto oben), Mitglied im Ausschuss für Strukturentwicklung. Im Etat stehen Mittel bereit, um das Thema auch in Bochum voranzubringen.

Der Roboter hat sanfte Hände, ein freundliches Gesicht und einen scharfen Blick für böartige Hautveränderungen. Binnen Sekunden erkennt er, ob das Melanom entfernt werden muss. Vielleicht macht der Roboter das auch gleich selbst.



Könnte ein solcher Roboter in Bochum hergestellt und programmiert werden? Wo steht die Bochumer Wirtschaft beim Thema Industrie 4.0? Solche Fragen will die SPD-Fraktion 2016 zum Thema eines Symposiums machen. Dafür hat der Rat jetzt 20.000 Euro zur Verfügung gestellt.

„Immerhin ist die Gesundheitswirtschaft eine der Bochumer wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kernkompetenzen“, hebt Deborah Steffens (Foto) hervor. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Strukturentwicklung, der sich ganz grundsätzlich mit den Bedingungen für Arbeit und Wirtschaft in Bochum beschäftigt.

„Die Digitalisierung wird nicht nur die Produktion im klassischen Sinne verändern, auch wenn man sich das noch am leichtesten vorstellen kann“, so Steffens. Denn Automatisierung sei in den Werkshallen ein bekanntes Phänomen. Seit es Computer gibt, rückt die Automatisierung auch immer stärker in die Büros vor.

„Dennoch glaube ich, dass die Arbeitswelt vor einer Runde besonders dramatischer Veränderungen steht. Bald schon könnten auch höher qualifizierte Tätigkeiten von immer intelligenteren Maschinen erledigt werden“, erwartet Deborah Steffens. Es werde darauf



ankommen, diese Entwicklung nicht zu verhindern, sondern zu begleiten. Denn es werden auch neue Jobs entstehen, so Steffens.

Das ist ein Aspekt, den auch Dirk Marten (li), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Strukturentwicklung, betont. Als Gewerkschafter hat er die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick: Sie müssten in die Lage versetzt werden, mit dem Wandel Schritt zu halten, etwa durch Fortbildungen.

Erst in zwei Jahren

„Für viele Initiativen der freien Kulturszene besteht etwas mehr Planungssicherheit“, sagt Dr. Hans Hanke (Foto unten), kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Die Verwaltung kann mit Rückendeckung



des Rates Förderbescheide über zwei Jahre ausstellen. Die Betriebskostenzuschüsse stehen damit nicht mehr unter Haushaltsvorbehalt. „Wir werden sehen, ob sich das bewährt“, so Hans Hanke.

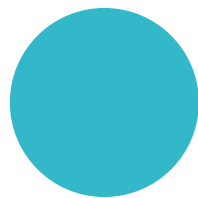
Neujahrsempfang 2016



Neujahrsempfang von SPD Bochum und Ratsfraktion im Dampfgebäude an der Jahrhunderthalle Ende Januar. Gastredner war Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und stellvertretender Vorsitzender der SPD (oben re.). Links: Dr. Peter Reinirkens, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. Foto oben: Martina Schnell, Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität.



Peter Herzog, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



Von links: Ratsmitglied Burkart Jentsch, Bundestagsabgeordneter Axel Schäfer und Ratsmitglied Dr. Bastian Hartmann



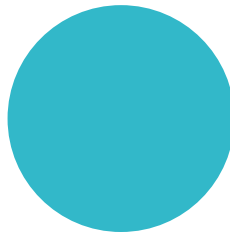
Neujahrsempfang 2016



Foto oben: Ratsmitglied Christina Knappe mit dem Vorsitzenden der Bochumer SPD, Prof. Dr. Karsten Rudolph. Unten: der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Dieter Fleskes



Serdar Yüksel (Foto oben) ist Landtagsabgeordneter. Das Foto unten zeigt Irmgard Scheinhardt mit Olaf Scholz. Scheinhardt war als engagierte Sozialpolitikerin von 1975 bis 1994 Ratsmitglied.



Oben im Bild: der ehemalige Stadtdirektor Paul Aschenbrenner. Ganz rechts: die Bundestagsabgeordnete für Bochum-Nord und -Ost sowie Herne Michelle Müntefering. Rechts: Jonathan Ströttchen, Sprecher der SPD im Ausschuss für Schule und Bildung.



Haushalt 2016

Bochum versteht sich als familiengerechte Kommune, muss allerdings noch einiges tun, um diesen Titel auch zu behalten. Das Familienbüro gehört dazu. 2016 soll es an den Start gehen.

Im ersten „Jahresbericht zur Erhaltung des Zertifikats“ einer familiengerechten Kommune heißt es: „Entsprechende Ressourcen müssen bereitgestellt werden“.

„Das haben wir inzwischen gemacht“, erklärt Hermann Päuser, Vorsitzender des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie. Um Räume in der Innenstadt mieten zu können, stehen 65.000 Euro im laufenden Jahr zur Verfügung. Ab 2017 sind es dann 130.000 Euro. „Mit dem Kinder- und Familienbüro denken wir weiter. Es geht darum, alle Beratungs- und Hilfsangebote für Familien an einem Ort zusammenzubringen“, sagt Hermann Päuser.

Die Anforderungen an geeignete Räume in der Innenstadt sind nicht so ohne weiteres zu erfüllen: gut erreichbar, auch mit Bus und Bahn, barrierefrei, ein großer „Empfangsbereich“ ebenso wie abgetrennte Räume für vertrauliche Gespräche, Platz für Schalter und Büros von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Jugendamt, dem Sozialamt oder auch dem Kommunalen Integrationszentrum.

„Trotzdem ist es jetzt an der Zeit, die Beschlüsse umzusetzen“, mahnt Ausschussvorsitzender Päuser.

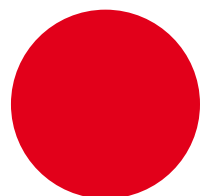


Jahresbericht

Im Juli 2014 hat Bochum das Zertifikat „Familiengerechte Kommune“ erhalten. Vergeben wird es nach einer kostenpflichtigen umfassenden Bewertung der kommunalen Angebote vom Verein „Familiengerechte Kommune“. Die Stadt hat jetzt den ersten Jahresbericht vorgelegt. Rat und Ausschüsse werden den Bericht im Februar und März beraten. Das Zertifikat gilt zunächst bis Mitte 2017.

40-Prozent-Hürde

Noch rund 122 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fehlen, um die angestrebte 40-Prozent-Marke zu erreichen. Das geht aus einer aktuellen Mitteilung der Verwaltung hervor. Mittel- bis langfristige Flüchtlings weitere „erhebliche Investitionen“ unvermeidlich machen, so die Stadt.



Zuschüsse für Integrationsarbeit Pflegekinder

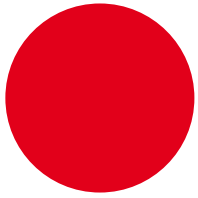
Mit jährlich 30.000 Euro unterstützt die Stadt die Arbeit von Vereinen und Initiativen in der Migrations- und Integrationsarbeit. Der Ansatz ist damit doppelt so hoch wie in den Vorjahren.

„Angesichts der wachsenden Aufgaben setzen wir damit weiterhin auf die Selbsthilfe der Migrantinnen und Migranten“, erklärt Reiner Schug (Foto), Mitglied im Integrationsrat. Ende letzten Jahres hat der Integrationsrat



auch die Richtlinien für die Zuschüsse aktualisiert. Die Anträge gibt es im Kommunalen Integrationszentrum.

Das Jugendamt soll verstärkt um neue Pflegeeltern werben. Die SPD im Jugendhilfeausschuss hofft, dass Kinder dann seltener in Heimen untergebracht werden müssen. Die Kosten wären für die Stadt damit deutlich geringer. Die für die „Werbung“ erforderliche Fachkraft soll durch Umsetzungen im Jugendamt frei werden. Vorbild ist Bielefeld, wo 2014 mit einem ähnlichen Vorgehen eine halbe Mio. Euro eingespart werden konnte.



Haushalt 2016

Mit den Sportplätzen auf Fördergelderfang

Radwege ausbaufähig

Radfahren ist in Bochum eine ausbaufähige Erscheinung. Die SPD im Rat will deswegen auch das Radwege-Programm weiter voranbringen. Zwei konkrete Projekte hat die SPD-Fraktion zusätzlich im Etat untergebracht: an der Berliner Straße und an der Universitätsstraße.

Beide Projekte sind Punkte aus der Bewerbung Bochums um die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte in NRW. Auf Initiative der SPD stehen jetzt auch die Mittel dafür bereit, zusammen knapp eine Viertelmillion Euro.

An der Berliner Straße zwischen A 40 und Wattenscheider Hellweg sollen die Radwege noch 2016 ausgebaut werden. 2017 und damit unmittelbar nach der Erneuerung des Zentralen Omnibusbahnhofs steht dann die Unistraße zwischen Oskar-Hoffmann-Straße und Hauptbahnhof auf dem Plan. Dann kommen endlich auch die alten Straßenbahngleise raus.

Investitionen: 134 Mio. Euro

Kurz vor Toresschluss hat die Verwaltung in der Etat-Sitzung des Rates Ende Januar aktualisierte Zahlen vorgelegt: Demnach belaufen sich die Investitionen 2016 auf 134,2 Mio. Euro. Die gesamten Aufwendungen addieren sich laut Plan auf 1,36 Mrd. Euro. Das Defizit macht 67,4 Mio. Euro aus.

Das Sportamt lässt keine Gelegenheit aus, um mit seinen Sportplätzen auf Fördergelderfang zu gehen. War es im Herbst ein Programm des Bundesumweltministeriums, legt das Amt jetzt mit einem neuen Landesprogramm nach.

Im „Gesamtpaket Integration durch Sport“ geht es dabei um die „Herstellung der ganzjährigen Bespielbarkeit der Plätze an der Wohlfahrtstraße, am Hustadtring und im Westenfeld. Allein die Erneuerung dieser drei Plätze schlägt mit fast drei Mio. Euro zu Buche. Hinzu käme ein Sportkoordinator. Ob etwas daraus wird, entscheidet das Land.

„Wir haben aber sehr gute Gründe, gerade diese Plätze ins Rennen um Fördermittel zu schicken“, sagt Peter Herzog, sportpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. Im Blick hat er dabei die Bedeutung der Plätze für die vielfältigen Aspekte, die Migration und Integration so mit sich bringen.

„Integration braucht Orte, an denen sie stattfinden kann. Der Vereinssport hat da viel zu bieten, vor allem viel Erfahrung“, findet Herzog. Nicht zuletzt um die Eigen-



mittel aufbringen zu können, legt die Stadt ein eigenes Investitionsprogramm auf. Schon 2016 wird mit einem weiteren Kunstrasenplatz begonnen. Bis 2019 stehen dann jährlich 700.000 Euro zur Verfügung. Das hat der Rat jetzt beschlossen, erklärt Gabriele Schuh (Foto), Mitglied im Ausschuss für Sport und Freizeit. Weitere 100.000 Euro sollen — ab 2016 — pro Jahr in die Erneuerung von „multifunktionalen Kleinspielfeldern“ an Kinder- und Jugendfreizeithäusern fließen.

Ehrenamt braucht Unterstützung



Für einzelne ehrenamtliche Initiativen hat der Rat die Zuschüsse im Rahmen der Etatberatungen noch einmal deutlich angehoben. So etwa für die medizinische Flüchtlingshilfe oder auch die AIDS-Hilfe, erläutert die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gaby Schäfer.

Besonders wichtig war für die SPD, dass MIRA, das Internationale Zentrum für Frauen und Mädchen, seine Arbeit intensivieren kann. „Dabei geht es darum, Frauen zu helfen, die aufgrund extremer Kriegs- und Fluchterlebnisse unter schwerwiegenden Traumata leiden“, so Gaby Schäfer. Für diese Aufgabe erhält MIRA zusätzlich 30.000 Euro.

Polizei will verstärkt gegen Wohnungseinbrüche vorgehen



zuvor. Genaue Zahlen wird sie im März mitteilen. Mehr Personal will Kerstin Wittmeier für den Kampf gegen die Wohnungseinbrecher einsetzen. Aber auch die Prävention, wie etwa die Beratung von Mietern und Mieterinnen, soll verstärkt werden.

Mehr Personal

Dabei könnte helfen, dass die Polizei nach mehreren Einsparprogrammen nun wieder mit mehr Personal rechnen kann. Die Ankündigungen der Landesregierung, in NRW 1900 Männer und Frauen bei der Polizei einzustellen, seien ein gutes Signal, so Wittmeier.

Zugleich machte sie deutlich, dass das nicht ausreichen werde. „Das

„Die Polizei will verstärkt gegen Wohnungseinbrüche vorgehen. Das kündigte Polizeipräsidentin Kerstin Wittmeier bei einem Besuch in der SPD-Ratsfraktion an. „Wohnungseinbrüche werden 2016 eines unserer Top-Themen“, sagte Wittmeier. Dabei hat sie die nach eigener Einschätzung unbefriedigende Aufklärungsquote fest im Blick.

Rund 1500 Wohnungseinbrüche gibt es jährlich in Bochum, bei immerhin etwa 40 Prozent der Fälle bleibt es beim Versuch. Nicht einmal jeder fünfte Einbruch konnte im Jahr 2014 aufgeklärt werden. Für das abgelaufene Jahr 2015 erwartet die Polizeipräsidentin mehr Einbrüche als im Jahr

braucht Kontinuität. Wir brauchen solche Einstellungen jedes Jahr, und zwar noch für einen gewissen Zeitraum“, so Wittmeier. Aktuell gebe es keine Überlegungen, Polizeistandorte in Bochum zu schließen, betonte Kerstin Wittmeier außerdem.

Die Polizeipräsidentin ging auch auf die aktuelle Flüchtlingssituation ein. Sie warnte davor, die Flüchtlingsproblematik und etwa das Thema Wohnungseinbrüche zu verquicken. „Die Zahlen geben das nicht her, es gibt keine entsprechenden Erkenntnisse“, machte sie unmissverständlich klar.



Marode Fenster und Fassaden

Turnhallendächer, Fenster, Fassaden, Toiletten: „Die Investitionshilfen des Bundes werden wir vor allem in die Schulen stecken“, das ist dem Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Bildung, Ernst Steinbach (Foto li.), wichtig. Zehn Mio. Euro werden allein dafür eingesetzt. Weitere fünf Mio. Euro fließen in Kindertagesstätten in Höntrop und Dahlhausen. Der

Bund gibt Bochum fast 38 Mio. Euro für Investitionen. Ende letzten Jahres hat der Rat über die Verwendung einer ersten Tranche (etwa 20 Mio. Euro) entschieden. Rund fünf Mio. Euro wird die Stadt demnach für neue Straßenbeleuchtung, lärmindernden Asphalt und den barrierefreien Ausbau von Straßenbahnhaltstellen ausgeben.

KONTAKT / IMPRESSUM

SPD-Ratsfraktion Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-4, 44777 Bochum, Geschäftsführer: Matthias Schröder
post@spd-ratsfraktion-bochum.de, www.spd-ratsfraktion-bochum.de, 0234.910 18 10 (Telefon)
0234.910 20 84 (Fax), alle Angaben ohne Gewähr.